

**Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit und der Staatsfinanzen.** Hier sind einige Indikatoren bereits fest vorgegeben: Die Regeln der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse sowie Verpflichtungen auf europäischer Ebene, zum Beispiel aus dem Fiskalpakt. Als zusätzliche Messgröße empfehlen die beiden Wirtschaftswissenschaftler die Nettoinvestitionen des Staates. Denn zu geringe Investitionen in öffentliche Gebäude, Straßen oder das Schienennetz gefährdeten auf Dauer die Funktionsfähigkeit des Staates und dessen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand.

#### Soziale Nachhaltigkeit.

Zentral sind hier zwei Verteilungsindikatoren: die Armutsquote und das Verhältnis zwischen den verfügbaren Haushaltseinkommen des obersten und des untersten Fünftels der Bevölkerung. Verbessern ließe sich die Verteilungssituation aus Sicht der Forscher über einen Mindestlohn zur Verringerung der Lohnspreizung, Quotenregelungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit sowie steuerpolitische Maßnahmen.

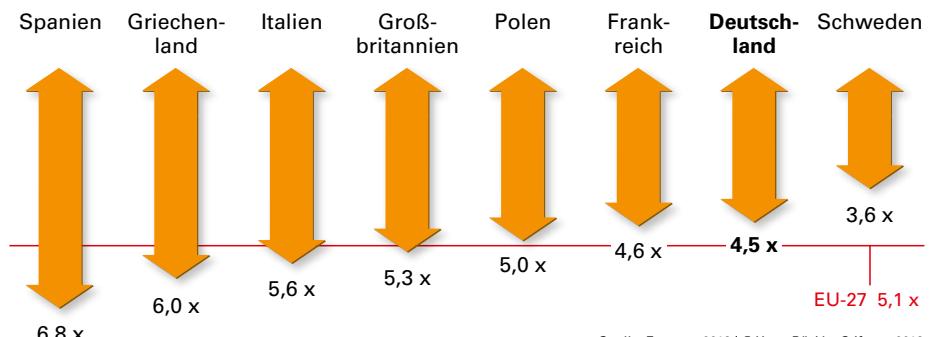
**Ökologische Nachhaltigkeit.** Für dieses Ziel haben Dullien und van Treeck die bereits vorhandenen Vorgaben berücksichtigt, also die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Verringerung des Primärenergieverbrauchs.

Als „Kernelement eines sozial-ökologischen Wohlstandsprojekts“ sehen die beiden Ökonomen allerdings das

Thema soziale Gerechtigkeit mit einem besonderen Fokus auf die Einkommensverteilung. Denn die akademische De-

## Krisenstaaten sind besonders ungleich

Über so viel mehr Einkommen verfügte 2011 das oberste im Vergleich zum untersten Fünftel der Bevölkerung in ...



Quelle: Eurostat 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

batte habe „die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zunehmend als ‚Megathema‘ im Zusammenhang mit den Oberzielen materieller Wohlstand, sozialer Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit identifiziert“. So seien zum Beispiel umfassende Arbeitszeitverkürzungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen unumgänglich, aber nur auf Basis einer gleichmäßigen Einkommensverteilung durchsetzbar. ▶

\* Quelle: Sebastian Dullien, Till van Treeck: Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für einen neuen sozial-ökologischen Regulierungsrahmen, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2012

Link zur Studie: [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## POLITIKER

# Aufsteiger regieren sozialer

**Die soziale Herkunft von Politikern beeinflusst ihre politischen Prioritäten. Eine Studie zeigt, dass Ministerpräsidenten aus einfachen Verhältnissen mehr öffentliche Mittel für soziale Zwecke mobilisieren.**

Wie Menschen denken und fühlen, ist von ihren Erfahrungen abhängig – und damit auch von dem Umfeld, in dem sie aufgewachsen sind. Ob dies messbare Auswirkungen auf die Politik hat, haben Bernd Hayo und Florian Neumeier von der Universität Marburg untersucht.\* Der Wirtschaftsprofessor und sein Mitarbeiter haben für die Jahre 1992 bis 2008 statistisch ermittelt, wie die Herkunft des Ministerpräsidenten auf die Haushaltspolitik des jeweiligen Bundeslands wirkt. Einbezogen wurden alle Bundesländer außer den Stadtstaaten. Das Ergebnis: Regierungschefs, die aus einer niedrigeren sozialen Schicht stammen, „geben signifikant mehr für öffentliche Sicherheit, Bildung, Forschung und Entwicklung, Soziales, Gesundheit und Infrastruktur aus“.

Weitere untersuchte Ausgabenbereiche waren öffentliche Verwaltung und Kultur. Hier zeigten sich jedoch keine Besonderheiten in Abhängigkeit vom sozialen Status des Ministerpräsidenten. Am stärksten fiel nach den Berechnungen

der Einfluss auf die Bildungsausgaben aus. Hier entsprachen die Unterschiede bis zu sieben Prozent des Landeshaushalts.

Die Wissenschaftler haben die Ministerpräsidenten nach den Kategorien Elternhaus und sozialer Status vor Beginn der politischen Karriere in verschiedene Gruppen eingeteilt. Der höchsten gehören etwa Roland Koch und Heide Simonis an, der Mittelklasse Sigmar Gabriel und Jürgen Rüttgers. Kurt Beck und Wolfgang Böhmer zählen zu den sozialen Aufsteigern. Dabei zeigt sich, dass die Unterschiede in den politischen Prioritäten zwischen Ober- und Mittelschicht geringer sind als zwischen der Mittelschicht und der unteren. Besonders Regierungschefs aus einfachen Verhältnissen machen sich für eine Politik stark, „die statusbezogene Unterschiede zwischen Menschen ausgleicht“, so die Forscher. ▶

\* Quelle: Bernd Hayo, Florian Neumeier: Leaders' Impact on Public Spending Priorities: The Case of the German Laender, in: Kyklos 4/2012

Link zur Studie: [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)